Anfrage öffentlich	Datum 15.04.2026	Nummer F0116/26
Absender Stadtrat Dennis Jannack **Fraktion Die Linke**		
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 23.04.2026	

Kurztitel
Jahrestag des Beginns der Belagerung Sarajevos und des Bosnien-Krieges und Zukunft der Städtepartnerschaften mit Sarajevo und Saporischschja

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

am 6. April jährte sich der Beginn der Belagerung von Sarajevo sowie der Beginn des Bosnien-Krieges. Bereits Ende Februar war es 30 Jahre her, dass die Belagerung ein Ende fand. Die Belagerung von Sarajevo von 1992 bis 1996 war ein gezielter Angriff auf eine Stadt und ihre Bevölkerung. Sie war Teil des Genozids in Bosnien und Herzegowina, bei dem bosniakische Zivilist:innen systematisch verfolgt, vertrieben und ermordet wurden.
Über 44 Monate hinweg wurde Sarajevo eingeschlossen, beschossen und ausgehungert. Scharfschützenangriffe und Artilleriebeschuss gehörten zum Alltag. Diese Gewalt war nicht zufällig, sondern gezielt gegen Zivilist:innen gerichtet.

Besonders erschütternd ist, dass Kinder systematisch zur Zielscheibe wurden. Sie wurden auf dem Weg zur Schule erschossen, beim Spielen in Parks, beim Anstehen für Wasser oder Brot sowie auf offener Straße. Scharfschützen in den umliegenden Hügeln betrachteten Kinder als „legitime“ Ziele. Es gibt Berichte darüber, dass selbst Kleinkinder in den Armen ihrer Eltern oder in Krankenhäusern gezielt getötet wurden, häufig durch Kopfschüsse. Diese Gewalt richtete sich nicht nur gegen einzelne Menschen, sondern gegen das Leben selbst, gegen Alltag und Zukunft.

Der Begriff der „Weekend Snipers“ steht für eine besonders enthemmte und entmenschlichende Form dieser Gewalt. Aktuelle Berichte und Ermittlungen zeigen, dass wohlhabende Personen aus Europa gezielt nach Sarajevo reisten, um Zivilist:innen zu töten und dafür sogar Geld zahlten. Dabei wurde gezielt auch auf Frauen und Kinder geschossen. Diese Praxis steht exemplarisch für die vollständige Entwertung menschlichen Lebens und für die extremste Form der Gewalt gegen Zivilist:innen im Kontext dieses Genozids.

Die Ablehnung von Initiativen zur Aufarbeitung der sogenannten „Weekend Snipers“ im Stadtrat ist vor diesem Hintergrund nicht nur eine politische Entscheidung, sondern Ausdruck einer verkürzten Erinnerungskultur. Eine Erinnerung, die zentrale Formen der Gewalt im Genozid in Bosnien und Herzegowina ausblendet, wird ihrer Verantwortung nicht gerecht.
Zugleich stellt sich die Frage, inwiefern antimuslimischer Rassismus und eine selektive Wahrnehmung von Gewalt gegen bosniakische Opfer dazu beitragen, dass zentrale Aspekte dieses Genozids bis heute nicht ausreichend aufgearbeitet werden.

Magdeburg trägt als Partnerstadt von Sarajevo eine besondere Verantwortung. Die auf Initiative der Fraktion Die Linke beschlossene und inzwischen umgesetzte Gedenktafel ist ein wichtiger und notwendiger Schritt. Sie reicht jedoch nicht aus, wenn zentrale Aspekte der

Gewaltgeschichte politisch nicht aufgegriffen werden und eine aktive Erinnerungspraxis ausbleibt.
Der diesjährige Jahrestag am 6. April ist in Magdeburg ohne erkennbare öffentliche Aktivitäten vergangen. Auch dies steht im Widerspruch zur historischen und partnerschaftlichen Verantwortung.

Europa hat zu lange weggesehen. Die Welt hat zu lange weggesehen.
Auch wir müssen uns fragen, ob wir als Partnerstadt von Sarajevo unserer Verantwortung immer gerecht geworden sind. Diese Erfahrung verpflichtet uns heute.
Ein erneutes Wegsehen darf es nicht geben.
Gleichzeitig erleben wir mit Saporischschja eine Partnerstadt Magdeburgs unter Beschuss. Zivilist:innen sind erneut Ziel von Angriffen. Infrastruktur wird zerstört. Das öffentliche Leben wird massiv eingeschränkt. Die Formen der Gewalt unterscheiden sich, die Verantwortung zum Handeln bleibt.

Gerade deshalb gilt: Erinnerung ist Gegenwartsverantwortung. Wer den Genozid in Bosnien und Herzegowina ernst nimmt, muss auch heute klare Haltung zeigen. Wer Sarajevo erinnert, muss auch zu Saporischschja Stellung beziehen.
Städtepartnerschaften sind mehr als symbolische Beziehungen. Im Sinne einer aktiven kommunalen Außenpolitik („Urban Diplomacy“) tragen sie Verantwortung für Solidarität, Aufklärung und demokratische Positionierung. Sie sind konkrete Instrumente, um auf Gewalt gegen Zivilbevölkerung zu reagieren und internationale Verantwortung vor Ort sichtbar zu machen.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie:

1. Warum hat die Landeshauptstadt Magdeburg den Jahrestag am 6. April, den Beginn der Belagerung Sarajevos und des Bosnien-Krieges, nicht für sichtbare öffentliche Aktivitäten genutzt?

2. Wie bewertet die Stadtverwaltung dieses Ausbleiben vor dem Hintergrund der besonderen historischen und partnerschaftlichen Verantwortung?

3. Welche politischen und inhaltlichen Konsequenzen zieht die Stadtverwaltung aus der Ablehnung von Initiativen zur Aufarbeitung der sogenannten „Weekend Snipers“, insbesondere vor dem Hintergrund, dass dadurch zentrale Formen der Gewalt im Genozid in Bosnien und Herzegowina nicht thematisiert werden?

4. Welche Maßnahmen plant die Stadt, um die gezielten Angriffe auf Zivilist:innen, insbesondere die „Sniper“-Angriffe und „Weekend Snipers“, verbindlich in der kommunalen Erinnerungskultur und Bildungsarbeit zu verankern?

5. Wie stellt die Stadtverwaltung sicher, dass der Genozid in Bosnien und Herzegowina in Magdeburg klar benannt wird und nicht ausgeblendet, relativiert oder verkürzt dargestellt wird?

6. Wie wird die Städtepartnerschaft mit Sarajevo aktuell konkret gelebt, jenseits symbolischer Akte?

7. Welche konkreten Projekte sind geplant, um die Partnerschaft mit Sarajevo im Sinne einer aktiven kommunalen Außenpolitik (Urban Diplomacy) in den Bereichen politischer Bildung, Jugendbegegnung und zivilgesellschaftlicher Austausch weiterzuentwickeln?

8. Welche konkrete Unterstützung leistet die Landeshauptstadt Magdeburg aktuell für ihre Partnerstadt Saporischschja?

9. Welche zusätzlichen Maßnahmen sind geplant, um die Solidarität mit Saporischschja sichtbar und wirksam zu gestalten, etwa durch Hilfsprojekte, Kooperationen oder öffentliche Aktionen?

10. Wie verbindet die Stadtverwaltung die Erinnerung an den Genozid in Bosnien und Herzegowina mit der aktuellen Situation in Saporischschja in ihrer politischen Kommunikation und Bildungsarbeit?

11. Welche Rolle misst die Stadtverwaltung kommunalen Städtepartnerschaften im Sinne der Urban Diplomacy grundsätzlich zu, wenn es darum geht, auf Angriffe auf Zivilbevölkerung in Europa zu reagieren?

12. Welche konkreten Schritte unternimmt die Stadtverwaltung, um eine aktive, kontinuierliche und nicht relativierende Erinnerungskultur zum Genozid in Bosnien und Herzegowina in Magdeburg sicherzustellen?

13. Welche Rolle sieht die Stadtverwaltung für die Auseinandersetzung mit antimuslimischem Rassismus im Kontext der Erinnerung an den Genozid in Bosnien und Herzegowina, und wie soll sichergestellt werden, dass dieser in der kommunalen Bildungs- und Erinnerungsarbeit berücksichtigt wird?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Antwort.

Dennis Jannack
Stadtrat